

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 37

Von 09.September bis

15.September 2024

Mehr Hausverstand täte der Politik gut

Von Peter Nindler

Seit dem 19-wöchigen „Beamten-Urlaub“ von Ex-Landesrat Hannes Tratter (VP) ist das oppositionelle Misstrauen in die Transparenz der schwarz-roten Landesregierung groß. SPÖ-Chef und Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer hat es mit den Karten für die Fußball-Euro in Berlin noch befeuert. Geht gar nicht oder überhaupt kein politisches Gespür, könnte der einfache Kurzbefund dazu lauten. Der gleichermaßen auf den Präsidenten des Fußballverbands und wohl mächtigsten Sportfunktionär im Land, Josef Geisler, zutrifft, der Dornauer die vier Karten ursprünglich geschenkt hat.

Mit der Rechnungshofprüfung der Dienstreisen der Regierungsmitglieder erledigt die Opposition nur ihr Geschäft, zu viele Angriffsflächen wurden ihr zuletzt geboten. Dabei nehmen FPÖ, Liste

Fritz, Grüne und NEOS bewusst in Kauf, dass sie mit ihrer Kritik an den ruhend gestellten Geschäftsführertätigkeiten von Landeshauptmann Anton Mattle (VP) und Tourismus-Landesrat Mario Gerber (VP) sowie Anteilen an ihren (Hotel-)Gesellschaften weit übers Ziel hinausschießen. Rücktrittsreif ist deshalb niemand, doch leider fehlt den Oppositionspolitikern mitunter ebenfalls der gesunde Hausverstand.

Obwohl Compliance vehement und zu Recht gefordert wird, sollte als Konsequenz der Rechnungshofprüfung – unabhängig vom Ergebnis – vor allem das politische Gespür beherzigt werden. Es kann noch so viele festgeschriebene Richtlinien geben, eine gute Einschätzungsgabe und moralischer Anstand sind in der Politik entscheidend. Daran haben sich nicht nur Regierungsmitglieder, sondern alle politisch Verantwortlichen zu orientieren. Schließlich hat die mangelnde Glaubwürdigkeit der Politik zu einer veritablen Vertrauenskrise geführt.

Letztlich benötigt es auch transparente Distanz zu den Mächtigen in Kultur, Wirtschaft oder Sport. Ansonsten bleibt der Vorwurf der Günstlings- und Freunderlwirtschaft wohl ewig wie Superkleber an den Schuhsohlen der Politiker heften.

Lesen Sie dazu mehr
auf Seite 4

peter.nindler@tt.com



Opposition macht keine Geschenke

Landesrechnungshof soll Regierungsreisen prüfen, Debatte über Gerbers Hotel-Anteile.

Innsbruck – Nimmt es die Regierung mit der Abgrenzung von Dienst- zu Privatreisen zu ungenau wie etwa SPÖ-Chef und Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer? Und das auf Landeskosten. Sind die Anteile an Gesellschaften von Landeshauptmann Anton Mattle (VP) sowie Tourismusreferent Mario Gerber (VP) unvereinbar mit ihrem Berufsverbot als Mitglieder der Landesregierung? Die Oppositionsparteien FPÖ, Liste Fritz, Grüne und NEOS haben dazu jetzt einen 60 Fragen umfassenden Katalog an den Landesrechnungshof verfasst und eine entsprechende Prüfung beantragt.

Anlass für die Rechnungshofprüfung – obwohl es die Klubchefs Markus Abwerzger (FPÖ), Markus Sint (Liste Fritz), Gebi Mair (Grüne) und Dominik Oberhofer (NEOS) verneinen – sind die vom Präsidenten des Tiroler Fußballverbands Josef Geisler ursprünglich an Sportreferent Dornauer geschenkten Karten für das Fußball-Europameisterschaftsspiel Niederlande gegen Österreich im Juni in Berlin. Zwischenzeitlich hat Dornauer dem Fußballver-



Die Opposition schießt sich auch auf Tourismusreferent LR Mario Gerber und LR Cornelia Hagele ein.

Foto: Springer

band 800 Euro dafür überwiesen, die Staatsanwaltschaft Innsbruck forderte Dornauer zu einer Stellungnahme auf. Generell wird für die Opposition bei Dienstreisen Regierungs- und Parteipolitik vermischt, zugleich der Mehrwert bezweifelt. Als Beispiele werden auch Bildungsreisen von Mattle und Bildungs-LR Cornelia Hagele (VP) nach Finnland oder von Sozial-LR Eva Pawlata (SPÖ) nach Schottland genannt.

Insgesamt vermisst die Opposition klare Compliance-

Richtlinien für die Regierungsmitglieder. Dass Mattle und Tourismusreferent LR Mario Gerber (VP) nach wie vor als Gesellschafter und Geschäftsführer ihrer Unternehmen im Firmenbuch eingetragen sind, bezeichnet die Opposition ebenfalls als unvereinbar. Für Dominik Oberhofer ist Gerber sogar rücktrittsreif.

Gerber konterte indessen scharf. „Es wurde alles notariell geregelt und gesetzlich abgeklärt. Ich habe meine Geschäftsführertätigkeiten ruhend gestellt und beziehe da-

raus kein Einkommen.“ Dass er seine Anteile an den Gesellschaften verkaufen soll, könne aber niemand ernsthaft von ihm verlangen, fügt Gerber hinzu. „Dann wird auch kein Unternehmer mehr in die Politik wechseln.“ Außerdem sei rechtlich alles korrekt.

LH Anton Mattle (VP) kanzelte die Sonderprüfung wie auch die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als „reinen Populismus“ der Opposition ab. An Gerber halte er jedenfalls fest. Was die Dienstreisen betreffe, so seien diese Berufsreisen „zackige Arbeitstage“, die mitreisenden Mitarbeiter würden unterwegs wie gewohnt ihre Arbeit erledigen.

Compliance-Richtlinien für Landtag und Landesregierung will sich Mattle nicht versperren: „Wenn, dann macht es nur Sinn, wenn alle Landtage sich über gleiche Richtlinien einig sind.“ Dornauer will es sich von der Opposition „nicht nehmen lassen, Groß-Events anzuschauen“. Das gehöre zu seinem Beruf als Politiker: „Ich halte mich an Gesetze und Richtlinien und an die Zehn Gebote. Dann wird's bei mir nicht so weit fehlen.“ (pn, mami)



Das Büro von Bürgermeister Anzengruber im Rathaus wurde renoviert, A. Haselwanter kritisiert dies.

Fotos: Falk

Wirbel um Büro des Stadtchefs

Innsbruck – Eine Anfrage der Liste Fritz zu den baulichen Adaptierungen der Büros des Innsbrucker Bürgermeisters Johannes Anzengruber (JA) entwickelt sich für Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider zu einer „unendlichen Geschichte“. „Trotz größerer Umbauarbeiten spricht Bürgermeister Anzengruber in der Anfragebeantwortung vom 10. Juli von notwendiger laufender Instandhaltung“, kritisiert Haselwanter-Schneider. Die Anfragebeantwortung sei in-

haltsleer, viele Fragen blieben unbeantwortet. Haselwanter-Schneider spricht von einer „Schnitzeljagd, um die Gesamtkosten dieser Sanierungsarbeiten herauszufinden“.

Aus dem Büro Anzengrubers heißt es, dass die Immobiliengesellschaft IISG als verantwortlicher Instandhalter des Rathauses den Bürgermeisterwechsel zum Anlass genommen hat, das damalige Büro von Bürgermeister Georg Willi (Grüne) für den neuen Bürgermeister zu renovieren.

Der Boden sei abgeschliffen sowie Decken und Türen erneuert worden. Der Umbau liege im Sinne der Werterhaltung bei der IISG. 30 Prozent der Gesamtkosten, also 24.000 Euro, seien aus dem Budget des Bürgermeisters bezahlt worden, die restlichen 70 Prozent im Rahmen des Geschäftsversorgungsvertrags 2013. Ebendiese Details seien auch per Mail verschickt worden. Politik-Insider orten ein „Ende des politischen Sommers“. (ver)

ST. JOHANN. Die Liste Fritz unterstützt die Bemühungen der Bürgerinitiative „Freunde des Niederkaisers“ in ihrer Forderung nach einer Volksbefragung zu dem geplanten Gewerbegebiet Unterbürg (wir berichteten). „Wir stehen zu 100 % hinter dem Anliegen, die wertvollen grünen Wiesen nicht für ein weiteres Gewerbegebiet zu opfern“, so Fritz-Klubobmann Markus Sint. Die Liste hatte sich schon zuvor vehement gegen dieses Gewerbegebiet ausgesprochen.

Ferien- statt Sozialwohnungen

Kritik an Änderungen des Verwendungszwecks von Sozialwohnungen

KITZBÜHEL. Vor einem Monat sorgten Vorgänge um eine Wohnimmobilie in Kitzbühel für Aufregung und politische Diskussionen, die möglicherweise im Gemeinderat (Mo, 9. 9., nach Redaktionsschluss) erneut aufs Tapet kommen könnten.

Konkret wurde in einer Wohnanlage des Siedlerbunds (gemeinnütziger Bauträger) in der Jochbergerstraße von der Stadtgemeinde bzw. Bgm. Klaus Winkler zwischen 2021 und 2024 für drei Wohnungen der Verwendungszweck verändert: von Wohnungen für ständigen Wohnbedarf in Ferienwohnungen zur kurzzeitigen Vermietung an wechselnde Personen. „Aus gemeinnützigen Wohnungen wurden also Ferienapartments für Unternehmen“, so Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint. Sint betont, dass die Genehmi-



Diskussionen in Kitzbühel über Wohnimmobilien.

Foto: Kogler

gungen durch Winkler rechtlich nicht antastbar seien, diese jedoch gerade in einer teuren Gegend wie Kitzbühel ein fatales und falsches Signal seien. Auch Winkler verwies auf die Rechtskonformität der Genehmigungen – es bestünde ein Rechtsanspruch auf Änderung des Verwendungszwecks. Sint bestreitet diesen behaupteten Rechtsanspruch auf Umnutzung. Zu weiteren Wohnungen in dem Komplex (mit rund 100

Wohneinheiten gesamt, Anm.) seien Prüfungen wegen des Verdachts auf allfällige illegale Nutzungen im Gange. Neben Sint üben auch die NEOS und die UK Kritik an der Vorgehensweise. „Jetzt können schon Firmen Wohnungen im gemeinnützigen Wohnbau kaufen und als Ferienapartments für ihre Mitarbeiter nützen“, so NEOS-Chef Dominik Oberhofer. GR Andreas Fuchs-Martschitz (UK) schreibt in einer Aussendung, dass die Rechtmäßigkeit der Bescheide Winklers infrage gestellt würden. „Es ist ein Schlag ins Gesicht all jener jungen Familien, die verzweifelt eine Wohnung suchen.“

Eckdaten (lt. Liste Fritz): Wohnanlage mit 99 Eigentümern, 75 aus Tirol, 17 aus anderen Bundesländern, 2 Deutschland, 2 Großbritannien, 1 Schweiz, 1 Tschechische R., 1 Monaco. (niko)

Nun werden die Reisen der Regierung kontrolliert

Nach dem Ausflug von SP-LHStv. Dornauer zum EM-Spiel nach Berlin schickt Opposition 55 Fragen an den Landesrechnungshof.

Wir wollen weder verнадern noch eine Neiddebatte starten. Wir wollen einzig und alleine Aufklärung über die Auslandsreisen der Landesregierungsmitglieder. Immerhin geht es um Steuergeld!“ Die vereinte Opposition mit FPÖ, Grüne, Liste Fritz und Neos gab gestern bekannt, dass sie eine Prüfung beim Landesrechnungshof in Auftrag geben wird. Und zwar zu den Auslandsreisen der Landesregierung. Auch wenn Markus Abwerzger (FPÖ), Gebi Mair (Grüne), Markus Sint (Fritz) und Dominik Oberhofer (Neos) das nicht zugeben wollten: Auslöser für

die Prüfung war die Dienstreise von Georg Dornauer zum EM-Spiel zwischen Österreich und Holland, für das er bekanntlich vom Tiroler Fußballverband vier Karten geschenkt bekam.

„Wir wollen wissen, wer wohin warum gereist ist, was das gekostet hat und was der Mehrwert für das Land Tirol ist“, betonten die vier Oppositionspolitiker. Insgesamt 55 Fragen wurden formuliert – eine Antwort darauf erwarte man sich aber frühestens in einem dreiviertel Jahr.

Im selben Atemzug forderte die Opposition gestern auch die Erstellung und Einführung von soge-

nannten Compliance-Regeln für die Landesregierung – also Spielregeln dafür, was man annehmen darf und was eben nicht.

Hart ins Gericht geht das Quartett mit Tourismus-LR Mario Gerber (ÖVP), der laut Oberhofer trotz Berufsverbot noch immer Geschäftsführer von vier Gesellschaften sei: „Das ist ein Rücktrittsgrund!“ LR Gerber wiederum betonte, dass alles rechtens und mehrfach geprüft worden sei: „Ich habe meine Geschäftsführertätigkeiten notariell beglaubigt ruhend gestellt und beziehe keine Bezüge daraus – und genau darauf kommt es an.“
Markus Gassler



Foto: Christof Buchner

Gebi Mair, Markus Sint, Markus Abwerzger, Dominik Oberhofer (v. li.) wollen Transparenz.